

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1921**

57 (9.3.1921)

# Volkstfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Preis: Durch unsere Träger 6.— A einschließlich 90 A Zustellgebühr; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in 1/2 Jahren 4.60 A; durch die Post bezogen 4.90 — ohne Ausgabe- u. Postgebühren monatlich 50 Pfennig

Anzeige: Die 14tägige Kolonialzeitung L.—A. Die Kolonialzeitung und Redaktion: Lufsenstr. 24. Preis pro Anzeigengruppe: 1.20 A; die 14tägige Kolonialzeitung L.—A. Die Kolonialzeitung und Redaktion: Lufsenstr. 24. Preis pro Anzeigengruppe: 1.20 A

Anzeigen: Die 14tägige Kolonialzeitung L.—A. Die Kolonialzeitung und Redaktion: Lufsenstr. 24. Preis pro Anzeigengruppe: 1.20 A; die 14tägige Kolonialzeitung L.—A. Die Kolonialzeitung und Redaktion: Lufsenstr. 24. Preis pro Anzeigengruppe: 1.20 A

### Reise aus London

**London, 8. März.** Die deutsche Delegation hat London um 2 Uhr nachmittags im Sonderzug verlassen. In London, 8. März. In politischen Kreisen wird der Ausspruch von Dr. Simons mit großer Spannung entgegengenommen. Die Beschlüsse werden erst gefaßt werden, wenn Dr. Simons mündlich über den Verlauf der Verhandlungen in London Bericht erstattet haben wird. Es hat beträchtliches Aufsehen erregt, daß der Minister in dem letzten Angebot, das er gemacht hat, seine Annahmen in Höhe der Pariser Beschlüsse vorzulegen habe soll. Sollte dies richtig sein und der Außenminister wirklich Annahmen nach den Pariser Beschlüssen der Entente zum Vorschlag gebracht haben, so hätte er damit auf eigene Verantwortung gehandelt, denn seine Vollmachten gehen über die Grenze nicht hinaus, die in unserem ersten Angebot gemacht worden war. Trotzdem würde die Regierung selbstverständlich die Verantwortung für die Verhandlungen Dr. Simons in vollem Umfang decken. Die Stimmung aller maßgebenden Kreise ist selbstverständlich ernst, aber durchaus ruhig.

### Lloyd George im Unterhaus

**London, 8. März.** Bei Darlegung der Ergebnisse der Londoner Konferenz im Unterhaus sagte Lloyd George, den Truppen seien bereits schon Befehle erteilt worden, die angegebene Zone zu besetzen. Weiter seien Anweisungen gegeben worden, die wesentlichen Maßnahmen zur Anwendung der anderen Sanktionen in Erwägung zu ziehen. Die Befehle müßten es ermöglichen, daß jeder Käufer deutscher Waren in den alliierten Ländern den Teil des Kaufpreises an die eigene Regierung bezahle. Lloyd George behauptete, diese Frage als Sanktion behandeln zu müssen, während sie ein Teil irgend eines abzuschließenden Abkommens sein könnte. Doch würden die notwendigen Maßnahmen getroffen werden, um zu verhindern, daß Waren auf Umwegen über die neutralen Länder eingeführt werden.

Weiter erklärte Lloyd George, er habe persönlich nichts von dem zurückzunehmen, was er kürzlich über Dr. Simons gesagt habe. Aber er habe zu der Schlussfolgerung kommen müssen, daß Simons nicht in der Lage gewesen sei, irgend welche Beschlüsse zu unterbreiten, die von den Alliierten hätten angenommen werden können. Die beiden Beschlüsse seien die Hauptzentrale eines äußerst wichtigen Industriebezirks. Lloyd George betonte jedoch die Vorteile der wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen, die er bei weitem vorziehe. Das wäre die Einschränkung von 50 Proz. der deutschen Waren, die in alliierte Länder exportiert würden. Das Parlament werde sich darüber noch auszusprechen haben. Die Neutralen werden davon unterrichtet werden, daß der springende Punkt für die Regelung des ganzen Verfahrens die Herkunft der Waren sei. Die Neutralen müßten dabei, woran sie sich zu halten hätten, sich nicht darüber beklagen, daß man sie ungerecht behandle.

### Die wirtschaftlichen Sanktionen

**London, 9. März.** Die französische Regierung hat gestern Abend noch dem Präsidenten der Alliierten Kommission, Leard, Anweisung erteilt, die wirtschaftlichen Sanktionen, Beschlagnahme der Güter an der Westgrenze und Errichtung einer Zollgrenze am Rhein vorzubereiten.

### Beratungen in Berlin

**Berlin, 9. März.** Nach einer Mitteilung wird heute Abend 9 Uhr eine Sitzung des Reichskabinetts im Gegenwart des inzwischen aus London zurückgekehrten Ministers Dr. Simons stattfinden. Vor der großen politischen Aussprache im Reichstag werden die auswärtigen Ausschüsse des Reichsrates und Reichstages gehört werden.

### Die Zollgrenze

**Berlin, 8. März.** Die heute im Reichstag verammelten parlamentarischen Vertreter der besetzten Gebiete haben einstimmig folgendes erklärt: Die von den gemehrten Mächten angeordnete Errichtung eines besetzten Gebietes am Rhein würde eine offensichtlich schwere Verletzung des Verfallers Friedens bedeuten, da die Errichtung eines solchen Zollgebietes nicht, wie der Verfaller Frieden als Bedingung für eine solche Maßregel vorsieht, den Interessen des besetzten Gebietes dienen, sondern im Gegenteil die Interessen auf schwerste Weise verletzen würde. Wer auch die Errichtung eines besetzten Zollgebietes und die damit ungewissenshaft verbundene wirtschaftliche Schädigung der besetzten Gebiete wird die Bevölkerung dieser Gebiete in ihrer Treue zum deutschen Vaterlande nicht wankend machen.

**Koblenz, 9. März.** Die interalliierte Rheinlands-Kommission hat neue Bestimmungen erlassen, die sofort in Kraft treten. Verordnung Nr. 77 bestimmt, daß die an der deutschen Westgrenze erhobenen Zölle beseitigt werden. Weitere Bestimmungen hat sich die interalliierte Rheinlands-Kommission vorbehalten. Bis auf weiteres werden die bisherigen Zölle erhoben. Die Zollverwaltung, die der deutschen Ein- und Ausfuhr dient, und der Dienst, der zur Verhütung der Kapitalflucht im besetzten Gebiet eingesetzt worden ist, werden dem Befehle der interalliierten Rheinlands-Kommission unterstellt.

**Wien, 9. März.** Wie die „Köln. Zeitung“ meldet, wird die in Aussicht genommene Zollgrenze am Rhein bereits ihre Zeichen voraus. Wie das Blatt hört, ist von einem großen Teil des besetzten Gebietes im Hinblick auf die kommende Zollerrichtung ein Industrienauftrag im Werte von 60 Millionen Mark rückgängig gemacht worden. Es versteht sich von selbst, daß eine solche Abbestellung von den schwersten Folgen für die Arbeiterfrage begleitet sein wird.

### Eine internationale Arbeiterfront

**Berlin, 9. März.** Wie die „Freiheit“ mitteilt, ist in einer Versammlung der Funktionäre der U.S.P. mit Vertretern der französischen Partei in Ausführung eines Beschlusses des Nationalrates der sozialistischen Partei Frankreichs beschlossen worden, in der nächsten Zeit eine deutsch-französisch-englische Arbeiterkonferenz einzuberufen, die sich ausschließlich mit der Reparationsfrage und der gegenwärtigen Krise befassen soll.

### Die Befreiung des Ruhrgebiets

**Düsseldorf, 8. März.** Belgische, französische und englische Truppen haben heute früh Düsseldorf besetzt. Zu Aufhebungen ist es nirgends gekommen. Die deutsche Sicherheitspolizei verläßt auf Kraftfahrzeugen die Stadt. Auch die Stadt Duisburg wurde heute früh besetzt. Die Befreiung von Ruhrort ist schon in der Nacht erfolgt.

**Düsseldorf, 8. März.** Heute in den frühen Morgenstunden erschienen zunächst mehrere Bataillone über der Stadt, um Aufbruch zu halten, ob keine Truppenansammlung in Düsseldorf sei. Später erschienen von verschiedenen Seiten kommend die Entente-Truppen selber. Es befanden sich in der Stadt Belgier, Franzosen und Engländer. Die Truppen bezogen die Kasernen, die bis Tags zuvor von der Sipo besetzt war. Die Entente-Soldaten haben an den exponierten Stellen der Stadt Maschinen-gepöckel aufgestellt und in Ortsgärten Schützengraben gezogen. Die Stimmung ist ruhig. Die Bevölkerung bekümmert sich fast kaum um die fremden Truppen. Das Leben geht seinen regelmäßigen Gang. Das Oberkommando hat ein belgisches General-Korps in Duisburg, 8. März. Ruhrort wurde nachts, die Außenstadt von Duisburg um 6 Uhr morgens von belgischen Truppen besetzt.

**Paris, 8. März.** Wie der „Reit Parisien“ mitteilt, wird die Befreiung von Düsseldorf, Ruhrort und Duisburg von 10 Bataillonen ausgeführt.

**Brüssel, 8. März.** Die belgischen Zeitungen haben seit heute vormittag unter Vorzeichen.

**Paris, 8. März.** Senegalesen sind nach der Rheinregion abgegangen.

### Die Amerikaner machen nicht mit

**Washington, 8. März.** Wie der „Exchange Telegraph“ aus Washington meldet, hat das Staatsdepartement beschlossen, daß das amerikanische Besatzungsgebiet beim Vormarsch in Deutschland nicht mitwirken werde. Das Departement besagt weiter, die Pläne des Präsidenten Harding betreffend den sofortigen Frieden mit Deutschland sollen angeblich durch die Weigerung der Deutschen, die Reparationsbedingungen anzunehmen, umgehoben worden sein. Es wird erklärt, der Präsident sei der Ansicht, die Annahme der Friedensresolution des Senates dürfe zu einem Zeitpunkt, wo die alliierten Truppen marschieren, um die Bedingungen des Versailler Vertrages zu erfüllen, könnte im Ausland als einen Affront gegenüber den Alliierten aufgefaßt werden.

### Proklamation des Oberkommandos

**Düsseldorf, 9. März.** Das Oberkommando der alliierten Besatzungstruppen hat eine Proklamation erlassen, die u. a. festsetzt, der Besatzungsstand werde verhängt. Die Deutschen dürften unter keinen Umständen gewalttätig werden. Die Besatzungstruppen werden unter der Kontrolle der Alliierten ihren Dienst weiterverrichten. Die Besatzungstruppen bleiben auf ihrem Posten. Kein Streit wird geduldet. Zeitungen, Flugblätter, Flugblätter, bestimmten Schriftstücke dürfen allein mit vorheriger Genehmigung der Besatzungsbehörden verteilt oder angeschlagen werden. Der Post-, Telegraphen- und Telefonverkehr erleiden keine Unterbrechung; jedoch sind die Kontrolle unterstellt. Weiter bestimmt die Verordnung, daß sämtliche Waffen und Munition innerhalb 12 Stunden abgeliefert werden müssen.

### An die Bewohner des besetzten Gebietes

**Berlin, 8. März.** Die Abgeordneten der besetzten Gebiete haben einen Aufruf an die Bewohner der besetzten Gebiete erlassen, in dem es u. a. heißt: In erster, entscheidungsgewichtiger Stunde wenden wir, die in freier Wahl erwählten Vertreter des rheinischen Volkes im deutschen Reichstag, uns an Euch. Ihr kennt die Pariser Beschlüsse. Ihr wißt, was ihre Annahme für das deutsche Volk bedeutet: ein Slaventum wie es noch niemals einem großen Kulturvolk angebüht war. Die Reichsregierung hat diese Forderungen abgelehnt. Hätte sie anders gehandelt, so wäre sie nicht wert, ein Volk zu vertreten, das auch in Unschuld nicht verfehlt, was es sich, seiner Ehre, seiner Zukunft kundig ist. Man hat unsere Angebote zurückgewiesen und appelliert an die Gewalt gegen ein wehrloses Volk, zwei Jahre nach dem Friedensschluß. Die Sanktionen erschöpfen das letzte und eigentliche Ziel der Entente: Deutschlands Betrümmern. Aber dieses Ziel wird nicht erreicht werden. Denn für die gesunde Sinn des deutschen Volkes, sein unerschütterliches Lebenswillen. Ihr wißt, was Euch zudeutet ist: Man will am Rhein eine Zollgrenze errichten, die wirtschaftliche Trennung bildet den ersten Schritt zur politischen Loslösung zur Annexion. Wacht Euch Deutschum! Galtet jetzt an Reich!

### Aus den französischen Blättern

**Paris, 8. März.** Die Blätter aller Parteienrichtungen beschäftigen sich sehr eingehend mit dem Abbruch der Londoner Verhandlungen und der Inkraftsetzung der Sanktionen. Die Blätter der äußersten Linken suchen ihren Lesern begründlich zu machen, daß in London der deutsche und der französische Imperialismus um den Sieg gekämpft hätten und daß der Militarismus diesseits und jenseits des Rheins die Völker wieder in den Krieg treiben wollen. In einem Teil der Arbeiterpresse wird ausgeführt, daß die Sozialisten sich weigern würden, den Entmarsch in Deutschland mitzumachen, sie fragen aber, ob es möglich sei, diesen Beschluß auch durchzuführen zu können. Die blödsinnige, nachherige Presse hebt hervor, daß die Festigkeit Briand allein die feste Haltung der Alliierten gestützt habe. In einem Teil der Presse wird auch ausgeführt, es sei den Deutschen unbenommen, neue Vorschläge zu machen, die von den Errecten geprüft werden müssen, ob sie anzunehmen sind oder nicht.

### Der Deutschenhass in Belgien

**Brüssel, 8. März.** Am Sonntag ereignete sich in Brüssel ein bezeichnender Zwischenfall. Eine Gruppe Kriegsteilneh-

mer führte die Wohnung eines Deutschen, demolierte sie und vertrieb den Inhaber schwer. Als Polizei eintraf und Verhandlungen vornahm, ergriff das Publikum gegen sie Partei und schloß das Revier zu fürmen. Die Ruhe trat erst wieder ein, als die Verhafteten entlassen wurden.

### Gewalt vor Recht

Der Reichsaussenminister Dr. Simons hat recht behalten mit seiner in Karlsruhe ausgeprochenen Vermutung, daß unter Umständen die Londoner Konferenz ergebnislos verlaufen kann. So wenig, wie er an einen Erfolg der Londoner Verhandlungen glaubte, so wenig schienen ihm andererseits die Londoner Verhandlungen auch im Falle des Mißlingens solche zu sein, daß die berichtigten Sanktionen sofort eintreten würden. Darin hat er geirrt. Lloyd George erklärte in der letzten Sitzung in London, daß die Entente die Sanktionen sofort in Kraft treten lassen werde, da die deutschen Gegenvorschläge ungenügend seien. Die Welt, sagte er, brauche ein Definitivum. Vor allem seien es zwei Punkte, die sofort geregelt werden müßten: 1. Die Beschreibung der Faktoren, die als Äquivalent für Ausfuhrabgaben in Betracht kämen, sowie die Beteiligung der Alliierten an einer Besserung der deutschen Wirtschaft und 2. die Art und Weise der Zahlung.

Die alliierten Staatsmänner verstehen sich also unentwegt auf die Pariser Beschlüsse. Bekanntlich haben die Alliierten in Paris beschlossen, von Deutschland eine auf 12 Jahre zu verteilende Gesamtzahlung von 226 Milliarden Goldmark zu fordern, dazu noch eine Abgabe vom deutschen Export, die sie auf jährlich zirka eine Milliarde Goldmark schätzen. Diese Forderung würde von der gesamten deutschen Bevölkerung, auch von den Vertretern der Arbeiterklasse, die ja in erster Linie die ungeheure Belastung unserer Wirtschaft abzumachen hätte, als unerfüllbar bezeichnet. Eine Zeitschrift des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes an die Völker der Ententeländer, die wir an anderer Stelle abdrucken, besagt, daß die deutsche Arbeiterklasse die Pariser Beschlüsse ablehnt, nicht nur, weil sie unerfüllbar sind, sondern auch, weil sie ihrer Natur nach gleichbedeutend sind mit der Einführung der Sklaverei in Deutschland. Den Protest der deutschen Arbeiter haben ihre Klassenossen in fast allen Ländern durch die Gewerkschaftsinternationale in eindrucksvoller Kundgebung unterstützt.

Wir rufen es laut in die Welt hinaus: die deutsche Arbeiterklasse lehnt es ab, für den Ententekapitalismus zu stehen und sie wird den wirtschaftlichen Maßnahmen der Entente energigsten Widerstand entgegenzusetzen. Im Namen einer Arbeiterklasse, die jetzt seit sieben Jahren furchtbares erlitten hat, erklären wir, daß sie mit äußerster Energie sich gegen ihre Verklammerung und Inhaftung wehren wird. Wenn wir auch jetzt ohnmächtig alle Ententeaktionen über uns ergehen lassen müssen, so wird sich doch noch aus der Zukunft zeigen, daß es nicht angeht, ein großes Kulturvolk zu knebeln und zu verzwängen. Die angeordnete „Beteiligung der Alliierten an einer Besserung der deutschen Wirtschaft“ kann nur als beabsichtigte Zwangsverwaltung Deutschlands aufzufassen werden und das bedeutet: reiflose Vernichtung unserer sozialen Errungenschaften, vermehrte Arbeitslosigkeit, Verzweiflung des arbeitenden Volkes.

Leider mußte in London deutscherseits eine Regierung verhandeln, die ihre Politik nicht auf die Verbrüderung der Proletarier aller Länder einstellte. Eine solche Parole müßte sich über kurz oder lang als fruchtbar erweisen, denn das wachsende Heer der Millionen englischer Arbeiter, die hungern müssen, weil wir nichts kaufen können, ist keine Schutztruppe für die jüdische Politik der Ententemächte. Und die belgischen Bergleute, deren Entlassung aus den Bergwerken als Folge der erprehten deutschen Kohlenlieferungen der belgische Ministerpräsident schandernd beklagt, könnten durch Sozialisten sehr wohl zum Ervorden gebracht werden, wenn auch zugegeben werden muß, daß zunächst die Internationale verfaßt.

Aber sei dem jetzt, wie ihm wolle. Die Ententepolitiken haben beschlossen, uns zu verzwängen. Mögen sie tun, was sie nicht lassen können. Arbeitsleistungen, die sie für ihre Staaten verwerten können, werden sie aus der deutschen Arbeiterklasse nicht herauszwingen. Sie werden uns vollends zugrunde richten, aber mit dem Mantel wird der Herzog fallen. Wiedergutmachungsleistungen unmöglich, dann mag sie sich an unserm Leichnam weiden.

Was die Entente zunächst erreichen wird, ist das Aufblähen der nationalistischen Propaganda und auf der andern Seite das Steigen der bolschewistischen Nation. Diesen beiden Extremen gegenüber wird es ruhig Blut zu bewahren. Die deutschen Arbeiter werden sich nicht durch nationalistische Wroden betören lassen, hinter denen ein neuer blutiger Weltkrieg lauert, noch auf die bolschewistischen Leimruten kriechen, die den Verfall Deutschlands nur beschleunigen würden. Die Arbeiterklasse wird unerschrocken die Dinge haken, die da kommen werden und dem Sozialist läßt ins Auge blicken. Auch die Pflume der Entente, die sich jetzt in der Siegespose gefällt, werden nicht in den Himmel wachsen.

Seite 6  
Buch & Co  
offen!  
taggen  
erte  
Benz=  
Ich  
ches  
ität  
50  
Buch & Co  
gen.  
igten,  
rbliebenen  
der „Einde“  
kauf  
er, welche bei  
worden sind.  
Vorhand.  
n.  
März 1921.)  
gerauschliches  
denklichen ein-  
ordnung der  
sahenbahn den  
in Kraft tritt.  
preisordnung  
annt gegeben.  
erigen Preise  
1.00 RM.  
1.20  
1.50  
ner:  
7.00 RM.  
neig  
0.30  
ung  
8.00  
60.— RM.  
89.—  
100.—  
6.— RM.  
8.—  
11.—  
14.—  
ange  
0.70 RM.  
rdnung folgende  
werden vor dem  
bekannt ge-  
Monat nach  
ihre Gültigkeit  
den inneren  
erhöhten Preis  
erhöhten Preis  
um 10% zu  
erhöht  
chließlich Don-  
die gemeldeten  
Zuschüssen,  
Paser zur Ab-  
3 Zentner  
3  
3  
3  
3  
3  
3  
trägt 140.—  
Empfang des  
um 1000  
Empfang ge-  
Sätze sind mit-  
570  
zeigen.  
be  
von 8—12 Uhr  
nachmittags an  
h.  
ial-Stadt.  
e.



### Deutscher Reichstag

#### Eklärung des Reichskanzlers zum Abbruch der Londoner Verhandlungen

Berlin, 8. März.

Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um 14 Uhr und ersucht vor Eintritt in die Tagesordnung dem Reichskanzler zu einer Erklärung das Wort.

#### Reichskanzler Fehrenbach:

Meine Damen und Herren! Die Londoner Verhandlungen sind abgebrochen. Unsere Delegation ist auf dem Rückwege. Ich bin der Meinung, daß in eine Erklärung der in London geführten Verhandlungen erst nach der Rückkehr unseres Außenministers Dr. Simons eingeleitet werden kann. (Sehr richtig!) Aber zu den Maßnahmen, die die alliierten Regierungen beschließen und bereits in Wirksamkeit gesetzt haben, glaube ich verpflichtet zu sein, Stellung zu nehmen, namentlich zu den Sanktionen. Ich beginne damit, daß ich das Wort in das richtige deutsche Wort übersehe. (Bravo!) Es sind nichts anderes als Gewalttaten. (Sehr richtig!) Die ehrenden Begriffe des Rechts haben mit solchen Aktionen nichts zu tun. (Sehr wahr!) Es gibt keinen Rechtsbruch für die militärischen Maßnahmen, die die alliierten Regierungen jetzt eingeleitet haben, um einseitig geforderte Leistungen von uns zu erzwingen. (Lebhaftes Zureden!) Den Protesten, die der Herr Außenminister schon in London erhoben hat, schließe ich mich namens der deutschen Regierung und namens des deutschen Volkes an. (Lebhafter Beifall.) Dieser Rechtsbruch wird durch juristische Berwicklungen nicht verhüllt oder gar geheilt. (Sehr richtig!) Der Rechtsbruch erscheint um so schlimmer, weil er geteilt wird durch Staatsmänner der verschiedenen Staaten und weil er sich richtet gegen ein Volk, dem man jedes Gelehrte genommen hat, um sich gegen die Gewalt zu wehren. (Lebhafter Zustimmung.) Zurufe auf der äußersten Bank. Dieser Rechtsbruch wird auch dadurch nicht gemildert, daß er als Drohung bereits in dem Moment angeündigt worden ist, wo die Entente ihre unumgänglichen Forderungen an das deutsche Volk formuliert. Wir haben nun zum wenigsten in dieser Woche gelernt, daß uns in diesen Pariser Beschlüssen etwas Unmögliches zugemutet wird. (Sehr wahr!) Bei der Weisheit! Die vergangene Woche hat uns nur in der Überzeugung befestigen können, daß auch in dieser von den alliierten Regierungen geübten Art weder eine Regelung der europäischen Verhältnisse noch eine Liquidierung des Krieges möglich ist. (Sehr wahr!) Und wenn in dieser Weise fortgefahren wird, kann das Uebel nur vergrößert werden. (Sehr wahr!)

Glauben wirklich die alliierten Staatsmänner, daß auf diese Art eine geordnete Regelung in der europäischen Welt eingeführt werden kann? Das ist unmöglich. Sie werden sich daher weitere Ungelegenheiten schaffen und man wird nach Lösungen auf neue suchen müssen, die aus der Spätere konkrutter Unmöglichkeit überleben in die tatsächliche menschliche Kraftfähigkeit. (Sehr richtig!) Es muß an die Stelle der Gewalt treten der ehrliche Wille, die Weltgemeinschaft des guten Willens. (Zurufe links: Kapitalisten!) Wir sind bereit, uns zu unserem Teil an dieser Weltgemeinschaft des guten Willens zu beteiligen. (Zurufe links: Der Reichspräsident hat dies befohlen!)

Wir haben uns nicht geweiht, aus dem Verluste des Krieges die notwendigen Folgen zu ziehen und auf uns zu nehmen. Wir sind uns auch völlig klar darüber, daß wir dem Wiederaufbau der Welt die schwersten Lasten zu tragen haben. Wir haben uns reblich bemüht, die Gegner zu überzeugen von den Grenzen der Leistungsfähigkeit, die uns gestellt sind. (Zurufe bei den Kommunisten. Zurufe bei den Bürgerlichen.) Ich habe mir die Lasten in Auge zu sehen, die durch die Verwirklichung der Sanktionen auf das deutsche Volk herabzubrechen werden. Es beginnt für das deutsche Volk, das so Unendliches während des Krieges und seit seiner Beendigung durchzumachen hatte, abermals eine schwere Zeit. Jetzt gilt es für das deutsche Volk, zu beweisen, wie groß seine Spannkraft, die Ausbeugung seiner Geduld, Treue und Ausdauer ist. Ich habe das Vertrauen zum deutschen Volk. (Lebhafter Beifall.) Vor allem aber gebe ich in diesem Augenblicke der Teile unseres Vaterlandes, die wir jetzt mit Liebe umfassen, die zunächst von den Maßnahmen der Alliierten betroffen werden. Es war herzerhebend für uns, wahrzunehmen, welcher Geist in den besetzten Gebieten herrscht, der Geist der Entschlossenheit und des Mutes, alles auf sich zu nehmen, wenn es gilt, dem deutschen Vaterlande treu zu bleiben. Wir danken unseren Mitbürgern für dieses Zeugnis vaterländischer Gesinnung. Wir können ihnen nur versprechen, alles Mögliche zu tun, um ihre schwere Last zu mildern. (Lebhafter Zustimmung.)

Nach ein Wort zur Schuld. Dr. Simons hat in London an die Geschichte appelliert. Wir glauben, festhalten zu dürfen, daß das Urteil schon heute feststeht. (Sehr richtig!) Daß es in der Richtung feststeht, daß die Aufbürdung der Schuld ausschließlich auf deutsche Schultern nicht bloß eine Verleumdung, sondern eine Kränkung der Herren Jewells, Veincares, sowie auch gewisser englischer Staatsmänner bedeutet. (Sehr gut und Beifall.) Auch ich überlasse das Urteil der Geschichte, bin aber der Meinung, daß die Geschichte ihr Urteil abzugeben haben wird nicht nur über die Schuld am Kriege, sondern auch über das Diktat des Versailler Friedens. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Herr Dr. Stresemann (D.Vp.) bittet den Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten, einsehend Stellung zu den Londoner Verhandlungen zu nehmen und bis dahin das Wort nicht mit einer Besprechung zu befragen.

Waller-Franken (Rechtssozialist) betont, daß es weder in Rußland noch im Ausland verstanden worden wäre, wenn der Reichskanzler heute nicht gesprochen hätte. Auch er ist für eine Berührung zuerst im Ausschuss und dann im Plenum und hebt hervor, daß eine Besprechung der Regierungserklärung ohne die Anwesenheit Dr. Simons zwecklos wäre.

Die Abgeordneten (H.C.) und Dr. Levy (Kon. widersprechen dem Abg. Waller-Franken (Soz.) und betonen, von einem Besprechen im Ausschuss könne keine Rede sein.

Nach einer weiteren Debatte wird der Antrag Kristian auf sofortige Eröffnung der Aussprache gegen die äußerste Linke abgelehnt. Desgleichen ein Antrag, das Plenum vor dem Ausschuss mit der Angelegenheit zu befragen.

Nach Erledigung einer Anzahl kleinerer Anfragen folgt die dritte Lesung des Gesetzentwurfes zur

#### Entlastung der Gerichte

Abg. Leuthäuser (D.Vp.) bittet, das Gesetz nicht durch Zustimmung weiblicher Schöffen und Geschworenen zu befragen.

Abg. Graf (D.Vp.) schließt sich dem an.

Abg. Frau Dransfeld (Hr.): Auch in der Reichsregierung ist die Gleichberechtigung der Frau notwendig. Die Frauen müssen zum Schöffen- und Geschworenentum zugelassen werden. Wenn dies der Fall sein wird, wollen wir, der Gesetzgebung überlassen.

Abg. Frau Lüders (Dem.): Von der Forderung auf Zulassung der Frauen zum Schöffen- und Geschworenentum werden wir nicht mehr abgehen. Wir können in eine Ablehnung dieser Forderung in diesem Gesetz nur dann einstimmen, wenn die Regierung bindende Zusagen über den Zeitpunkt der Durchführung der Forderung macht.

Abg. Frau Käppl (Soz.): Gerade die Teilnahme der Frauen wird ein Gegengewicht gegen die sich ausbreitende Schamlosigkeit sein.

Justizminister Dr. Feige: Die Zulassung der Frauen zum Schöffen- und Geschworenentum steht fest, doch fragt es sich, ob durch dieses Gesetz oder später. Schon in wenigen Wochen werde ich eine Vorlage einbringen, so daß die Zulassung bereits im nächsten Jahre erfolgen kann.

Abg. Dr. Rosenfeld (H.C.): Es wird immer klarer, daß die bürgerlichen Parteien geneigt sind, das Frauenwahlrecht einzuführen zu begreifen. Doch man bei der dritten Lesung umfallen wird, habe er, Redner, erwartet. Von den Frauen aber sei er enttäuscht.

Zugleich ist ein Antrag Radbruch (Soz.) zur Entlastung Leuthäuser eingegangen, der die Regierung ersucht, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der den Zugang der Frauen zum Schöffen- und Geschworenentum regelt.

Abg. Frau Sieg (H.C.): Alles, was die bürgerlichen Parteien den Frauen versprochen haben, ist nicht gehalten worden. In anderen Ländern gibt es schon lange weibliche Geschworene. Abg. Fries (Komm.) wirft der Frau Dransfeld vor, daß sie, die ihre Wahl selbst den Frauen verleihe, das Recht der Frauen mit Füßen trete. Redner plädiert für das Festhalten an den Entschlüssen der zweiten Lesung.

Abg. Brodau (Dem.): Von einem Umfallen meiner Person kann keine Rede sein. Die Situation ist heute nicht anders als am letzten Mittwoch, wo wir uns gegen die Erklärung des Reichsministers wehren mußten, die so langsam, als solle die Sache bald geklärt werden. Der Antrag Adolf Hoffmann bedeutet keine Lösung. Wir haben uns jetzt für die Zulassung der Frauen erklärt, und wir bleiben auch jetzt dabei. Der Vorschlag Adolf Hoffmann halte ich aber nicht für den richtigen Weg.

Damit schließt die Aussprache.

Der Antrag Leuthäuser und Gen., der die Zulassung der Frauen als Schöffen und Geschworene wieder aus dem Gesetze streichen will, wird in namentlicher Abstimmung mit 188 gegen 148 Stimmen angenommen. (Zurufe bei den Kommunisten.) Angenommen wird die Entlastung der Gerichte durch den Entwurf in der die Regierung ersucht wird, schwierig einen Gesetzentwurf einzubringen, der den Frauen den Zugang zum Schöffen- und Geschworenentum eröffnet.

Das Gesetz wird gegen die Stimmen der Anhänglichen und Kommunisten angenommen, dazu die Entscheidung auf Regelung und Güterverkehr.

Abgelehnt wird eine Entscheidung der Abg. Frau Behm (D.Vp.), die die Zulassung der Frauen als Mitglieder des Vorstandes und der Ausschüsse der Innungen fordert.

Die zweite Beratung des

Gesetzes des Reichsfinanzministeriums wird hierauf fortgesetzt.

Abg. Rabmann (Soz.): Wir begreifen den Willen der Kriegsgesellschaft. Der Tätigkeit des Ministers sehen wir mit großem Mißtrauen entgegen. Besonders vermissen wir die Durchführung eines Elektrizitätsgesetzes. Der neue Entwurf dieses Gesetzes ist eine Herausforderung der Freunde der Gemeinnützigkeit. Wir sehen überall den Ausbeutungscharakter des Herrn Simons. Er begnügt sich nicht mehr mit einer Wirtschaftsprüfung, sondern brandet ein Königreich. Es besteht die Gefahr, daß er auch das Völkerverständnis in seine Gewalt bringen wird. Der Widerstand unserer Wirtschaft kann nur unter Führung des Reiches erfolgen und dazu brauchen wir mehr als den juristischen Gelehrten und den deutschen Techniker. Im Ausschuss sprach der Minister über die Reichsfinanzverwaltung ganz anders als gestern bei der Debatte. Der Minister soll dafür sorgen, daß er künftig besser unterrichtet ist. Die Regierung sollte die Reichsverwaltung durch Aufträge größerer Art nach Möglichkeit unterstützen. Die Anträge gegen den früheren Reichsminister Schmidt sind völlig unbegründet. Damit schließt die Aussprache. Der Titel Ministergehalt wird bewilligt, außerdem einige weitere Titel. Das Haus verlegt sich heute auf morgen nachmittag 1 Uhr. Internationales Nordpol über die Kolonialpolitik und Fortschritt der Entfaltung. Schluß nach 7 Uhr.

### Badischer Landtag.

zu Karlsruhe, 8. März.

#### Eine Rundgebung zum Abbruch der Londoner Verhandlungen — Annahme des Radtragsatzes

29. öffentliche Sitzung

Präsident Kopf eröffnet die Sitzung um 4.25 Uhr.

Im Scheitern der Londoner Verhandlungen gibt außerhalb der Tagesordnung Staatspräsident Eru a t folgende Erklärung:

Wieder ist eine Woche um, voll schmerzlicher Sorge und voll höchster außenpolitischer Spannung. Die deutsche Delegation war auf der Londoner Konferenz, um die deutsche Antwort auf die Pariser Vorlesung darzutun, um das deutsche Unmöglichkeits darzutun, das gegenüber der Pariser Beschlüssen einstimmig aus dem ganzen deutschen Volk, aus allen Ländern, aus allen Parteien einmütig sich gezeigt hat. Die deutschen Gegenüberstände sind abgelehnt und die Konferenz abgebrochen worden. Wir stehen nun vor der Tatsache, daß mitten in den Unterhandlungen über die Höhe der deutschen Reparationspflicht die Strafmaßnahmen eintreten. Wir werden ein abschließendes Urteil über Verlust und Gewinn der Konferenz noch zurückstellen haben, bis die deutsche Delegation zurückgekehrt ist und der Reichsregierung wird Bericht haben erstatten können. Aber Pflicht ist es heute schon, auch für uns hier im Badischen Landtag, auszusprechen, daß die Strafmaßnahmen vorkriegsähnlich sind (Sehr richtig!) und daß auch wir im Badischen Landtag uns der Verantwortung, die der deutsche Außenminister auf der Londoner Konferenz schon eingelegt hat, anschließen. (Sehr richtig!) Die Strafbeschlüsse können dem gegenüber, was das deutsche Volk ehrlichen Willens und aus Gründen der Wahrhaftigkeit als Unmöglichkeits bezeichnen, eine Änderung nicht herbeiführen. Mit der Billigkeit der Strafbeschlüsse wird weiteres deutsches Land bestraft und erneut kommt unerbittliches Leid über die deutsche Bevölkerung. Der deutschen Wirtschaft und dem deutschen Arbeitswillen, der seit dem Zusammenbruch nach dem Kriege wieder eingesetzt hat, werden wieder neue Hemmnisse entgegengeführt. Leid und Not wird auch dem unbefeheten Gebiet weiterhin nicht erspart bleiben. Wir wollen heute nicht verhehlen, wie überaus schwer die Lasten in der ganzen absehbaren Zukunft sein wird. Abermals schweres wird die Bevölkerung, die die Befreiung und die Befreiung erleidet tragen müssen, überaus schweres auch die Bevölkerung, die von der Befreiung verschont bleibt. Wir wollen in erster und entschlossener Stimmung und unerschütterlich bleiben gegenüber dem, was uns zugemutet wird und etwa abgelehnt werden sollte. (Bravo!) Wir wollen der Bevölkerung der Befreiung und noch zu befreienden Gebiete ein Wort des herzlichsten Mitgeföhls sagen. Wir sind zu materieller und ideeller Unterstützung dieser Bevölkerung bereit, wie immer wir können. (Bravo!) Wir wollen in Würde und in Besonnenheit

die Dinge von heute, von morgen und von übermorgen entgegen. (Lebhafter Beifall.)

#### Präsident Kopf:

Ich stelle fest, daß sich das ganze Haus einmütig der feierlichen Begrüßung gegen die Londoner Beschlüsse anschließt. (Bravo!) Die Delegierten hatten recht, keine Beschlüsse anzunehmen, die wir nicht halten können. (Sehr richtig!) Denn dies wäre nicht ehrlich. Wir vertrauen darauf, daß sich auch in den feindlichen Ländern die Einsicht breit macht und erkennen, daß man ein 60 Millionen Volk nicht bezwingen kann. (Beifall.) Was auch kommen mag, wir werden in diesen schwierigen Tagen die Haltung hinausgehen lassen, uns würdig zu verhalten und uns einmütig zusammenzuschließen. (Beifall.) Wir wollen auf bessere Tage hoffen, wobei uns Gott beistehen möge. (Beifall.)

#### Radtragsatz des Arbeitsministeriums

Auf Vorschlag des Vertrauensmännerausschusses soll namens aller Parteien der Vorschlag des Arbeitsministeriums nach Anhörung des Reichsrichters debattiert und angenommen werden und die damit zusammenhängenden Anträge später behandelt werden. Das Haus ist hiermit einverstanden.

Abg. Dr. Glöckner (Dem.) berichtet namens des Ausschusses über den Radtragsatz des Arbeitsministeriums und beantragt dessen Annahme. Neben dem Hinweis auf eine Reichs-Zuschüsse für karitative Zwecke ist vor allem bemerkenswert die Mitteilung der Regierung, daß bei der Unterbringung von Kindern auf Ferienkolonien auf die pädagogische Seite Rücksicht genommen werden soll. Ueber das weitere Schicksal der Tagelöhner wurde die Abstimmung ausgesetzt. Zunächst sollen die Sachverständigen gehört werden.

Da von einer Debatte abgesehen werden soll, wird sofort in die Einzelberatung eingetreten.

Der Vorschlag des Arbeitsministeriums wird debattiert und angenommen.

#### Gleichung der restlichen Radtragsatzes

Hierauf werden ohne Debatte die noch zu erledigenden Radtragsatzes genehmigt, und zwar der Radtragsatz des Rurgwerkes, das, wie erklärt wird, im großen ganzen seinen Erwartungen entspricht und befriedigend arbeitet, der Oberrechnungskammer und der Eisenbahnschulbildungsausschusses.

Nächste Sitzung: Mittwoch früh 9 Uhr. Tagesordnung: Landwirtschaftsministerium.

Schluß der Sitzung: 6.30 Uhr.

### Badische Politik

#### Die Stromversorgung Badens

Während in der Montagsitzung des Haushaltsausschusses, als der zweite Radtragsatz zum Vorschlag über das Rurgwerk beraten wurde, den Gegenstand eingehender Besprechung, da im Oberland wie im Unterland das gleich dringende Verlangen nach Strom an die staatliche Zentrale zur Zeit gestellt wird. Mit Recht machte deshalb der Regierungsdirektor darauf aufmerksam, daß das Rurgwerk sich zum Mittelpunkt der Elektrizitätsversorgung des badischen Landes auszuweisen habe, sein Aufgabengebiet sei ungeheuer groß. Für den gegenwärtigen Ausbau des Rurgwerkes seien deshalb auch, wie in einer besonderen Denkschrift mitgeteilt wurde, für die Schwarzenerdener die Vermessungen, Geländeaufnahmen und die Schaltungen für Steingewinnung bereits angeführt. Ein Teil der Straßenverlegungen am Schwarzenbachboden soll bis 1. Juni ds. Jg. bereits fertiggestellt sein.

Auf eine sozialdem. Anfrage antwortete der Regierungsdirektor u. a.: Der Stromerlauf von den Dampfstromwerken C.E.G. Rurgwerke u. a. wird in der Weise vorgenommen, daß das Rurgwerk zunächst an die Dampfstromwerke Strom verkauft. Diese Strommengen werden je nach Bedarf von den Dampfstromwerken wieder zurückgekauft, und zwar mit einem Aufschlag von 16 Proz. pro Kilowattstunde. Ueber diese Mengen hinaus vom Rurgwerk eingekaufter Strom wird mit einem höheren Aufschlag, der sich nach den Kohlenpreisen richtet, dem Rurgwerk berechnet. Der letztere Fall ist bis jetzt noch nicht praktisch geworden, wird aber praktisch werden in dem Augenblicke, wo die Orte des Stromerzeugungsgebietes Mosbach an das Netz angeschlossen und gespeist werden.

Dem folgte eine längere Auseinandersetzung über die Finanzierung des badischen Elektrizitätswerkes am Balchenfels. Sozialdemokratischerseits wurde hervorgehoben, daß es sich keineswegs um ein privatkapitalistisches Unternehmen handle. Der badische Staat habe sich erheblichen Einfluß gesichert. — Uebrigens wurde ein Teil der Tarifierung mit Strom von Rindchen-Landsbühl verstopft.

Auf eine Anfrage eines Zentrumsgenossen, ob ein Ausgleich der Strompreise in den verschiedenen Bezugsgebieten geschaffen sei, antwortete die Regierung, der Preis für Elektrizität und Kraftstrom werde im ganzen Lande gleichmäßig erhoben, nur die Unzulänglichkeiten seien verschieden. — Der Vorschlag des Rurgwerkes wurde alsdann genehmigt.

#### Die Organe im Baden.

Wir beschäftigen uns in den Nr. 59 vom letzten Freitag mit einem Artikel der Mannheimer unabhängigen Tribüne, die über eine in Karlsruhe stattfindende Sitzung des „Kommandos der deutschen Liga“ berichtet und dabei dumme und einseitige Bemerkungen gegenüber dem Minister des Innern machte. Herr Hauptmann a. D. Wagners-Karlsruhe, der in dem Bericht der Tribüne als Leiter jener Versammlung bezeichnet worden war, schickte uns eine Vertiefung, in der er uns mitteilt, daß es sich dabei um eine Zusammenkunft ehemaliger Angehöriger der deutschen Legion gehandelt habe, an der er, Herr Wagners, als ehemaliger Chef des Stabes der deutschen Legion, ebenfalls teilgenommen habe; es seien bei der Versammlung etwa 30 Offiziere und Mannschaften der deutschen Legion erschienen, um zum erstenmale nach Aufhebung der Legion der gemeinsam verlebten Kriegszeit und insbesondere der zahlreichen Gefallenen der deutschen Legion zu gedenken. Wie man diese Versammlung mit irgend welchen politischen Ideen oder mit den miserablen (H?) Auftragsarbeiten am Bodensee in Verbindung bringen kann, ist Herrn Wagners unverständlich, wie ihm auch „teils lächerlich, teils verächtlich“ erscheint, wenn es in anderem Artikel hieß, daß die Leute um Wagners, wenn sie jemals den Versuch machen sollten, sich zu erheben, eben so wie der Graf von Wodman ihr blaues Wunder erleben würden. — Verächtlich hin oder lächerlich her: wir können Herrn Wagners versichern, daß er wirklich nur dann ein blaues Wunder erleben wird, so lange er mit seinen „Legionären“ nur „gemeinsam verlebter Kriegszeit“ und der Gefallenen gedenkt.

Die Grenzschutzkräfte. Nach dem Ergebnis der von der Interkommission für Grenzbestimmungen geführten Verhandlungen über die Anlage der deutsch-österreichischen Grenzschutzkräfte auf dem rechten Rheinufer sollen die Besatzung Winterdorf, Kehl, Freisbach und Rensburg als deutsch-österreichische Grenzschutzkräfte für den Personen- und Güterverkehr ausgebaut und soll für die gleichen Zwecke an die Linde Weis-Neopoldsdorf-Siedlung der neue Grenzschutzposten in Mannheim an rechten Rheinufer, bei der heutigen Oberkammerbrücke neu gebaut werden. Für den alljährlich nach Wintertritten des einjährigen Friedensjahres des auszunehmenden Eigenbedarfes sollen Weisbühlungen geschaffen werden. Die Gesamtkosten sind auf 11.370.000 M. veranschlagt, die wegen des außerordentlich dringenden, im Friedensvertrag geordneten Ausbaus im vollen Umfang in den voranschlag des Eisenbahnbaus für 1920 aufgenommen werden müssen.



**Milder Winter — kalter Frühling.** Nach dem überaus milden Januar hat der Februar unserer Gegend seinen wesentlichen Wintereindruck mehr gebracht. In seiner zweiten Hälfte zeigte er sich durch eine lange Reihe sehr milder Sonnentage so gar schon als warmer Frühlingssonntag, trotzdem Frosttage nicht gerade selten waren. Der Wärmeüberschuss des Februars ist zwar geringer, als im Januar. Er beträgt 1,1 Grad, da das Monatsmittel der Temperatur 3,3 Grad Celsius halt normalerweise 2,2 Grad Celsius beträgt. Am war der Februar an Niederschlägen, da er nur 36 Prozent der durchschnittlichen Niederschlagsmenge aufweist. Fragen wir, welchen Einfluss der vergangene Winter auf die Folgezeit haben wird, so kann man ein wissenschaftlich begründetes Urteil dahin abgeben, daß mit großer Wahrscheinlichkeit der Frühling, insbesondere die Monate April und Mai zu kühl sein werden. Dafür spricht einmal die abnorme Wärme während der eigentlichen Wintermonate und das sehr frühzeitige Einsetzen der Kälte im Vorwärt, namentlich Ende Oktober und im November. Andererseits lassen die milden Januarteremperaturen in diesem Jahre auf einen warmen Juli schließen, jedoch man allgemein sagen kann, daß uns ein weniger erfruchtender Frühling, aber ein schöner Hochsommer bevorsteht. Diese Witterungsansichten gehen auch ein Urteil über die kommenden Ernteverhältnisse. Ein kühler, aber feuchter Frühling läßt uns eine günstige Getreideernte erhoffen, bedeutet aber schlechtere Aussichten für die Obst- und Weinbaukultur.

**Die Sinner AG. in Karlsruhe-Grünwald** veröffentlicht ihren Geschäftsbericht über das 25. Geschäftsjahr, das mit einem Rohüberschuss von 7.817,478 M. gegen 8.888.538 M. abschließt. Aus dem Bericht ist bemerkenswert, daß die Firma gebührende Rücksicht auf eine polnische Gesellschaft unter Einräumung eines Optionsrechts verpaidet worden ist. An der neuen Gesellschaft bleibt die Sinner AG. maßgebend beteiligt. Ueber die Gesellschaft in Sinto San Giovanni bei Mailand, welche von der Gesellschaft kommandiert wurde, sind keine Entscheidungen getroffen. Ueber die Nährmittelabteilung sagt die Fabrikleitung, daß der Bedarf bedeutend nachgelassen hat, weil der Markt wieder mit solchen landw. Produkten versorgt wird.

**Vortrag.** Im großen Hörsaal für Chemie der techn. Hochschule findet heute abend ein Lichtbildvortrag des L.R. Die Naturkunde vom Donauaal zum Berner Oberland. Der Vortrag führt durch ein Naturgeschichtliches reiches Gebiet, das jedemmann zum Besuch empfohlen werden kann. Referent des Abends ist Richard O. Würges, ein in Touristenkreisen wohl bekannter Naturforscher, so daß reicher Genuß zu erwarten ist. Gäste sind willkommen.

**Valuta-Bericht vom 9. März**

Der Markkurs in der Schweiz notierte heute etwa 955 Cls. Auszahlung Holland notierte 21,45 M. per holl. Gulden; Schweiz 10,46 M. per schw. Fr.; England notierte 44 M. per 100 Schilling; Frankreich notierte 444 M. per 100 Fr.; Rußland notierte 62,50 M. per Dollar.

**Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 9. März 1921**

Das Hochdruckgebiet erstreckt sich über ganz Mitteleuropa und liegt in seinem Bereich meist heiteres und trockenes Wetter mit Nordwesten. Ueber den britischen Inseln, wo der Luftdruck wieder fällt, dringt eine neue Depression vor, unter deren Einfluß das nördliche Deutschland kommen wird. In Süddeutschland ist zunächst nur Trübung und langsame Erwärmung zu erwarten.

Voraussichtliche Witterung bis Donnerstag nacht: zunehmende Bewölkung und Erwärmung, keine wesentlichen Niederschläge, westliche Winde.

**Wasserstand des Rheins**

Schifferinsel 17, gest. 3; Rehl 119, gest. 4; Mayau 271, gest. 5; Mannheim 192, gest. 3.

**Gemeindepolitik**

**3. Bischofsweiler, 7. März.** Die letzten Freitag stattgefundenen Mitgliederbesprechung des sozialdemokratischen Vereins war gut besucht. Auf der Tagesordnung standen 3 Punkte, deren Besprechung eine lebhafteste Debatte auslöste; es drehte sich ausschließlich um kommunale Angelegenheiten. Einleitend gab Genosse Gemeindevater Hertweck einen Bericht über den Verlauf der im vorigen Monat stattgefundenen Ortsbereinigung durch Herrn Amtmann Vör in Rastatt. Bei diesem Anlaß hatte Gemeindevater Hertweck Gelegenheit, die verworrenen Wohnungsverhältnisse in unserer Gemeinde zu beleuchten, und er legte es durch, daß künftig nur noch die Wohnungskommission für Wohnungsfragen zuständig ist, während bis jetzt der Gemeindevater in diesen Fragen mitbestimmt. Die Regelung der Wohnungsverhältnisse in unserer Gemeinde ist die schwierigste Frage, die zu lösen ist; nur wollen hoffen, daß jetzt in dieser Beziehung etwas rascher und energischer gearbeitet wird. Als zweiter Punkt stand noch einmal die Verwendung ertrügter Gelder aus Lebensmittelpreisen zur Diskussion. Die Verwaltung beschloß, sich mit dem jetzigen Gemeindevaterabschluß zu begnügen, der bestimmt, daß das Geld der Armenkasse überlassen wird; es wurde hierbei die Ansicht geäußert, daß es ja doch nur die Minder- und Unbemittelten sind, die sich gegenwärtig unterstützen müssen, da von den Besitzenden in dieser Hinsicht doch nicht viel zu erwarten ist. Wir hoffen aber, daß der Gemeindevater das Geld auch für wirklich Bedürftige

verwendet und eben, auch die Fürsorgekommission darüber hört. Es sollte überhaupt in Fürsorgefragen die hierfür bestimmte Fürsorgekommission mehr ausschlaggebend sein.

Der dritte Punkt betraf die Erhaltung der gefallenen Krieger. Wir haben kürzlich schon im „Rostfremd“ mitgeteilt, daß der Herr Pfarrer in Rastatt, dessen Filiale unter Ort ist, ohne sich mit der hiesigen Gemeindeverwaltung ins Benehmen zu setzen, eine Gedächtnisfeier nach seinem Geschmack zur Aufstellung in der Kirche beabsichtigt. Nun wäre ja gegen dieses eigenmächtige Vorgehen des Pfarrers weiter nichts einzuwenden, wenn er nicht obenhin verlangen würde, daß die Gemeinde jetzt diese Gedächtnisfeier bezahlen soll; er beantragte dies in einem diesbezüglichen Antrag an den Gemeindevater. Dies Vorgehen des Geistlichen zeugt von einer starken Portion Eigenmächtigkeit. Die Versammlung war sich vollkommen darin einig, daß auch unsere Partei eine Erhaltung der Gefallenen durch die Gemeinde nach Kräften unterstützen werde. Aber die Gemeinde muß darüber bestimmen, wie und wo diese Erhaltung stattfinden soll. Wir hatten den Friedhof als den geeignetsten Ort für eine derartige Erhaltung von Kriegeren. Wir hoffen, daß die hiesige Gemeindeverwaltung den Antrag des Pfarrers ablehnen wird und damit beweist, daß in unserer Gemeinde nicht der Pfarrer, sondern die von der Einwohnerenschaft gewählte Gemeindeverwaltung regiert, andernfalls müßte unserer Gemeindeverwaltung die selbständigen Verwaltungsfähigkeiten abgesprochen werden. Unter Punkt Verschiedenes wurde hauptsächlich darauf hingewiesen, daß das Verhalten und Benehmen unseres Bürgermeisters gegenüber dem Publikum noch nicht die erwünschte Aenderung erfahren hat, wie dies bei der letzten Gehaltsregelung vorseiten des Bürgerausschusses verlangt wurde. Hier gilt auch ausdrücklich für unser Ortsoberschulrat die Kennzeichnung: „Unberücksichtiglich“. Schließlich wurde noch beschlossen, den 1. Mai in feierlicher Weise zu begehen. Zur Durchführung wurde eine Kommission gewählt.

**Mannheim, 6. März.** Der Bürgerausschuss hatte am 28. Dezember eine Entschließung der sozialdemokratischen Partei angenommen, in der eine Zentralisierung der hiesigen Bibliothek verlangt wurde. Es hat sich nun ergeben, daß dieser Gedanke wegen der finanziellen und der Raumverhältnisse weder durch Vereinigung der in Betracht kommenden Bibliotheken, noch durch Ankauf einer Bibliothek zur Hauptbibliothek verwirklicht werden kann. Der Stadtrat hat jetzt beschlossen, bei der Bibliothek der Handelshochschule eine allgemeine Ausleihstelle für die hiesigen Bibliotheken einzurichten. Dort wird sich auch ein Katalog über den Bücherbesitz der Stadt Mannheim befinden.

**Schramberg, 6. März.** Der Bürgerausschuss hat beschlossen, den Bürgermeister von Donauweisingen aufzufordern, die Grenzlinie von Baden, Württemberg und Hohenzollern zu einer Tagung einzuladen, um die Frage der Vereinigung von Baden, Württemberg und Hohenzollern zu besprechen und eine entsprechende Entschließung an die zuständigen Stellen abzugeben.

**W.D. Trüger, 5. März.** Das Projekt einer Talsperre oberhalb des Trüberger Bahnhofs ist nun soweit gediehen, daß eine gründliche Untersuchung der geologischen Verhältnisse des Untergrundes für das Staumauerwerk beschlossen wurde. Die Kosten dieser Untersuchung stellen sich auf 115.000 M. Das Projekt dürfte mit 25 Millionen nicht zu hoch veranschlagt sein.

**Kleine Nachrichten**

**Berlin.** Die kommunistische Partei fordert für Donnerstag an einer Kundendemonstration in Aufgärten auf, die das Schutz- und Trutzbündnis mit Sowjetrußland verlangen soll.

**Berlin.** Vor dem außerordentlichen Bericht des Reichsrechnungsausschusses I begann heute vormittag in Stargard i. Po. die Verhandlung gegen den Hauptmann a. D. Pfeiffer von Selamon, der unter der Auflage steht, entgegen der Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. 5. 1920 ohne Genehmigung der zuständigen Stellen Personen zu einem Verbande militärischer Art zusammenzuschließen zu haben.

**Hamburg.** Am 1. März hat heute nacht der farbige Franzose Babakara, Heizer an Bord des französischen Schiffes „Soret“, den Zimmerer Karl Brandt auf offener Straße angegriffen und durch Faustschläge getötet. Als er festgenommen werden sollte, schoß er auf die Passanten und Polizeibeamten. Schließlich wurde er durch zwei Schüsse schwer verletzt und ins Spitaltransporthaus gebracht.

**Letzte Nachrichten**

**Erklärung der preussischen Fraktion zur Regierungsbildung**

**Berlin, 9. März.** (Privattelegramm.) Die sozialdemokratische Fraktion des preussischen Landtages erklärte gestern die Frage der Regierungsbildung in Preußen und setzte einstimmig folgende Entschliessung: Die sozialdemokratische Fraktion des preussischen Landtages ist bereit, die alte Regierungskoalition fortzusetzen und keine einseitig die Einbeziehung der Deutschen Volkspartei ab. Ebenso einmütig lehnt sie die sozialdemokratische Fraktion ab, irgend eine bürgerliche Minderheitsregierung zu bilden. Sie würde vielmehr eine solche mit aller factischen Schärfe bekämpfen. — Wie die Blätter dazu bemerken, scheint damit also der Plan einer einheitlichen Koalitionsbildung im Reich und in Preußen endgiltig gescheitert zu sein.

**Englischer Kaiserjämmer**

**11. Rotterdam, 9. März.** Der Londoner Berichterstatter der „Newspol World“ teilt seinem Blatt mit, daß die Zeichen der Zufriedenheit über den Verlauf der Konferenz in London nur gering sind. Die City ist besonders wenig davon eingenommen, denn es verläutet, daß alle Handelsbeziehungen mit Deutschland wieder abgebrochen und bereits erteilte Aufträge zurückgezogen wurden. Auch die politischen Kreise triumphieren nicht und es sei nicht sehr zweifelhaft, wer bei den Ereignissen am besten weggekommen ist. Allgemein herrscht die Ansicht vor, daß der jetzige Zustand nicht lange anhalten werde. Man sage dem Korrespondenten: „Auf Wiedersehen bei der nächsten Konferenz“. Alles deutet darauf hin, daß noch nicht alle Fäden abgeschritten sind.

**11. London, 8. März.** Alle Morgenblätter besprechen das Gelingen der Konferenz. Die „Times“ stimmen der Anwendung der Sanktionen durchaus zu. Die „Allierten“ wollten, wie Lloyd George zu Simons gesagt hat, einen wirklichen Frieden. — „Daily News“ schreibt in einem „Eine ernste Entscheidung“ überschriebenen Leitartikel: „Lloyd George hat das Angebot für eine friedliche Lösung, das von den deutschen Delegierten unterbreitet worden sei, beiseite geschoben. Lloyd George habe vollkommen vor Briand kapituliert. Die französische Rechts-politik triumphierte. Die Anwendung von Gewalt sei in verschiedener Beziehung nicht zu vermeiden. Der Vormarsch nach Köln könne sich, ehe einige Monate vergangen seien, als Marsch zur Vernichtung erweisen. „Daily News“ protestiert zum Schluß feierlich gegen den Vortritt der Bolschewisten und den Bolschewismus, der es möglich gemacht hat, daß Europa durch die Sanktionen zusammengebracht und fast, wenn es so kommen werde, dann werde nicht auf Deutschland die Last der Nachwelt lasten.

**Die Stimmung in Belgien**

**11. Rotterdam, 9. März.** Die meisten belgischen Blätter sehen den Zustand nach immer als ernst an. Natürlich jubeln die „Nation Belge“, der „Soir“ und andere nationale Organe, die den Vormarsch der belgischen Truppen an der Seite des französischen Heeres preisen und die Besetzung von Düsseldorf, Duisburg und Aachen als eine große Offenbarungsstelle. Der belgische Berichterstatter des „Nieuwe Rotterdam“ stellt aber fest, daß die belgischen Blätter, vor allem die flämischen, viel ruhiger sind und befürchten, daß der Militarismus mit seiner bisherigen Hebermacht Mißbrauch treibe und die friedliche Arbeit gefährden könne.

**Die Gegenrevolution in Rußland**

**11. Moskau, 8. März.** Der hiesige Sowjetgesandte erhielt heute von Moskau eine Mitteilung Schischowins über die Lage in Kronstadt, das noch immer von den Aufständischen behauptet wird. In die Reuters hat Tschetw ein Warnung erlassen, in der es heißt: Die Regierung hat unweigerlich beschlossen, Kronstadt und die meuternden Schiffe der Marineverwaltung wieder zu besetzen. Deshalb befehle ich allen, die die Hand gegen das sozialistische Vaterland erhoben haben, unverzüglich die Waffen niederzulegen, die sich weigern zu entwaffnen und die Mäntel auszuliefern und die arrestierten Kommandanten sofort zu befreien.

**11. Moskau, 8. März.** Eine offizielle Meldung der Marineverwaltung gibt heute einen Bericht über die angeblich bergweilige Lage der in Kronstadt eingeschlossenen Aufständischen. In dem Bericht vom 6. März heißt es: Es sind 3 Telephonisten der Reuters als Kundschafter eingegriffen worden. Sie teilen mit, daß die Stimmung in Kronstadt niedergedrückt sei. Die Matrosen selbst fühlen die Hofflosigkeit der Lage.

**Briefkasten der Redaktion.**

**W. Baden-Baden.** Brief und Karte wurden weiterbesorgt.

**L. H. Durlach.** Sie müssen sich an den Gemeindevater wenden. Selbst wenn Sie Eingaben und Gesuche an das Ministerium richten würden, gingen diese doch zunächst wieder zurück an die Gemeinde. An das Reichsministerium sind zu wenden, hätte also keinen großen Zweck.

**F. G. 100.** Vom Wochenlohn sind folgende Beträge zu bringen: Für den Arbeiter 30 M., für Frau und die 2 Kinder je 10 M. = 50 M., also zusammen 80 M. Dann weiter die Kosten der vom Arbeitnehmer zu entrichtenden Beiträge zur sozialen Versicherung. Erst von dem Betrag, der nach Abzug obiger Beträge von Ihrem Lohn übrig bleibt, sind 10 Prozent an Steuer abzugeben. Beträgt dieser steuerpflichtige Teil aber mehr als 15.000 M. jährlich, so sind von 15—30.000 März 15 Prozent in Abzug zu bringen.

Schriftleitung: Georg Schöpflin. Verantwortlich: für Artikel, politische Nachrichten und letzte Nachrichten Hermann Kadel; für badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Zeitungen Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gemeindepolitik, Soziale Nachrichten, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Pfeiler; für den Anzeigenenteil Gustav Krüger, sämtlich in Rastatt.

**Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe**

Todesfälle: Lucia Kriener, ledig, Dienstmädchen, alt 22 J. Werner, alt 3 Monate 23 Tage, R. Christian Neß, Schulm. Magdalena Kugel, alt 62 Jahre, Ehefrau von Nikolaus Kugel, Stadtlager. Emilie Kllian, alt 64 Jahre, Witwe von Karl Kllian, Kaufm. Friedrich Gillardon, ledig, Kaufm., alt 44 J. Hans, alt 1 Jahre, R. Hans Febr. v. Horschheim-Winnigen, Hauptm. Pauline Schulz, alt 88 Jahre, Witwe von Ludw. Schulz, Schlossermeister. Luise Seib, alt 42 Jahre, Ehefrau von Karl Seib, Straßenwart. Mathilde Steigleder, alt 30 Jahre, Ehefrau von Hof. Steigleder, Verw.-Assistent. Albert Dohme, Chem., Schlosser, alt 49 Jahre, Anna Böhm, alt 37 Jahre, Ehefrau von Franz Böhm, Kaufmann.

**Tiefenschwarz**  
werden selbst ältere Stiefel durch tägliche Pflege mit Erdal... Stiefel sind leuer, deshalb

**Erdal**  
spare durch

**Daniels Konfektionshaus**  
Tel. 1846, Wilhelmstraße 24, 1. Treppe.

- Regenmäntel . . . Mk. 150.— an
- Ripsmäntel . . . Mk. 210.— an
- Seidenmäntel . . . Mk. 300.— an
- Jackenkleider . . . Mk. 125.— an

Große Posten Röcke  
Mk. 24.— 28.— 30.— 38.— usw.

Waschblusen . . . Mk. 21.— an  
Schößblusen . . . Mk. 24.— an  
Keine Ladenspeisen . . . Reelle Bedienung.

Zur Frühjahrsausstattung empfehle alle Sorten

**Feld-, Gemüse- und Blumen-Samen**  
in bester, keimfähiger Qualität.  
C. WEISS NACHF. KARLSRUHE  
Samenhandlung, Florinstraße 35 u. 36, Bad. Prompt. Vers.

**Lehrstellen**  
für Knaben u. Mädchen  
bitten wir jetzt schon anzunehmen.  
Städtisches Arbeitsamt  
Räberingerstraße 100 — Fernsprecher 5270/74.

**Persil**

wäscht schneeweiß, ersetzt Rasenbleiche, schon und erhält die Wäsche, spart Arbeit, Seife u. Kohlen. Bestes und billigstes selbsttätiges Waschmittel. Preis Mk. 4.— das Paket. Henkel & Cie., Düsseldorf.

Mieter- u. Untermieter-Bereinigung Karlsruhe

Geschäftsstelle: Margenstr. 51 p., Sprechst. tägl. 5-6 Uhr.

Am Donnerstag, den 10. März, abends 8 Uhr finden in folgenden Lokalen und Bezirken

Mieter-Versammlungen

Nach: In der Südstadt, Prinz Heinrich, Kurdenstraße 19, Mittel- und Weststadt, Alte Bräuerlei, Prinze, Herrenstraße 4.

Dieser laden wir die Mieter mit dem Ersuchen, sich zahlreich an diesen Versammlungen zu beteiligen, hñt. ein.

Der Vorstand.

Öffentlicher Vortrag

des Herrn Max. Stalofsch, Lehrer an der freien Waldorfschule, Stuttgart.

Das wirtschaftliche Affoziations-System in seinem Verhältnis zum Staat und freien Geistesleben.

Ausgeschlossen freie Aussprache.

Karten zu 3 Mk. und 1 Mk. 50 Hgn. bei Lind's Buchhandlung und an der Abendkasse.

Voranzeige. Sonntag, den 13. März 1921, vormittags 11 Uhr im Konzerthaus

„Morgendarbietungen in early-mischer Kunst“.

Bund für Dreigliederung des sozialen Organismus (Dreisgruppe Karlsruhe).

Zentral-Verband der Angefickten

Erstgruppe Karlsruhe

Geschäftsstelle: Karlsruhe, Karl-Friedrichstraße 18

Sprechstunden täglich 1 bis 6 Uhr, außer Montags.

Am Donnerstag, den 10. März, abends halb 8 Uhr, findet im Saal III, „Colosseum“ unsere

desmonatliche allgemeine

Mitglieder-Versammlung

mit nachfolgender Tagesordnung hat:

1. Vortrag des Landtagsabg. Minister a. D. Häder, Thema: Sozialversicherungsfragen.

2. Wahl der Delegierten zum Sonntag am 2. und 3. April in Heidelberg.

3. Wahl eines Delegierten zum Verbandstag am 29. Mai in Weimar.

4. Verschiedenes.

In Anbetracht der äußerst wichtigen Tagesordnung bitten wir unsere Mitglieder um zahlreiches Erscheinen.

Die Versammlung der Jugendabteilung am 10. d. M. fällt aus.

Mitgliedsbücher sind am Saaleingang unbedingt vorzulegen.

NB. Sonderabdrücke des Tarifs für die Angefickten des Versicherungsgewerbes sind eingetroffen und können in der Geschäftsstelle abgeholt werden.

Wir bringen einige tausend Zentner

Stockholz

90% Hartholz, geprengt, frei von Wurzel und Erde zum Verkauf. Preis 11.80 pro Zentner frei

Dans des Bestellers. Verkleinerung wird auf Wunsch übernommen. Ferner offerieren wir

außerbadisches Brennholz

ohne Holzart, 1/2 Buchen, gefügt und gespalten, frei Koller zum Preise von 17.60, Kieferholz

sein gespalten, zu 18.40 pro Zentner.

rationiertes Brennholz

auf Holzart, ab Lager (Exzerzhalle) oder frei Koller.

Gemeinnützige Beschäftigungsstelle für

Erwerbsbeschäftigte und Erwerbslose

Jählingerstraße 100. Telefon 5273.

Ausfertigen u. Ausarbeiten

Polstermöbel,

Zimmerdecken

vorhänge anmachen

bei billiger Berechnung

empfehle ich

Zapfenberg, C. Döner,

Häbnerstraße 23.

Kragen

-Wäscherei

Schorpp

liefert schnellstens

Annahmestellen:

Karlsruhe: Bernhardstraße 8

Kalauerstr. 34 u. 243

Gerwigstraße 46

Amalienstraße 15

Waldstraße 64

Wilhelmstraße 32

Palast-Theater

Nur drei Tage!

Tänzerin Tod

Großes Sitten-Drama in fünf Akten.

In den Hauptrollen:

Reinhold Schünzel

Hanna Lierke

Adalbert v. Schlettow

vom Mannheimer National-Theater.

Albert Paulig

in seinem Lustspiel-Schlager

Foxrott-Fimmel

zwei Akte. 3102

Badisches Landestheater.

Mittwoch, den 9. März, 7-9 1/2 Uhr. 12

Die Stützen der Gesellschaft.

Nachhilfe u. Beaufsichtigung

der Schularbeiten für Schüler und Schü-

lerinnen jeder Klasse und jeder Lehr-

anstalt (Real- und Gymnasium) durch

Privat- K. K. Ritter, Körnerstr. 30.

Sprechstunden: täglich 9-11, 12 1/2-3 Uhr.

Eintritt jederzeit. Mäßiges Honorar.

Vorbereitung zu Examina. 2372

Kommunion

und Brautkränze, Brautschleier etc.

W. Eims N o ch.,

Keeu- str. 4.

Günstige Kaufgelegenheit!

Wegen Geschäftsveränderung gewähre auf

20% Regenschirme

Spazierstöcke

20% Strickkrawatten

Schirme werden schnell und preis-

wert repariert und überzogen.

L. Müllers Schirmfabrik

Herrenstr. 20 Karlsruhe Herrenstr. 20.

Leder- u. Gamaschen

gehalt und mit Raht in jeder Passform.

Große Auswahl von 70 Mk. an. Auch werden

Gamaschen von gefelltem Leder angefertigt.

Ferner empfehle prima Wild-Gamaschen zu 28 Mk.

Paul Riedle, Sattlerei Waldhornstr. 32.

Färbe zu Hause

nur mit

Heitmann's Farben

Marke „Fuchskopf im Stern“

Einfach-Praktisch-Billig!

Gegen Zahnschmerzen

„Blascolin“

in die Ohren hat sofort

geholfen. In allen einschl.

Geschäften zu haben.

Viele Anerkennungen.

In allen Apotheken, Drogerien und besseren

Parfümerien erhältlich. 2967

Hausfrauen!

Schonet Eure Wäsche

und verwendet Gebr. Haas'

Wäschestolz

in altbekannter Qualität.

Überall zu haben.

Neueste Schnittmuster-Album

„Für gut sitzende Schneidererei“

Anerkennungen aus der Zuschneideschule von

Johanna Weber, Hirschstrasse 28

Wir unterzeichnete haben an dem einwöchentlichen Zu-

schnelckursus bei Fr. Weber teilgenommen. Wir fühlen uns

verpflichtet, Fr. Weber unseren besten Dank auszusprechen

für das von ihr selbst entworfene und gezeichnete Zuschneide-

System, welches in seiner klaren Ausführung sehr praktisch

und reichhaltig ist. Wir werden stets bemüht sein, dasselbe

überall auf das Beste zu empfehlen.

Elisab. Hammerschlag, M. Lwig, M. Bohler, Emma Seitz,

Anna Gabler, Schwester Käthchen Schieber, Emma Stehle,

Jeden Montag beginnt ein neuer Kursus.

Bekanntmachung.

Beim hiesigen Baieu-

meister, Schlachthausstr. 17,

bestanden sich herrenlos:

ein Spitzer, weißlich

„Sinker“

„Kogler“, männlich

„Dadel“

„Deutscher Kurzhaar“,

männlich.

Nicht innerhalb 3 Tagen

abgeholt, Tiere, werden

geköpft bezw. veräußert.

Karlsruhe, 7. März 1921.

Städt. Schlacht- und

Schlachthausamt.

Stadt, Freibank.

Zweischabgabe

Mittwoch 9-11 Uhr:

Nr. 601-900.

Mittwoch 2-3 Uhr:

Nr. 001-1100.

Donnerstag 2-3 Uhr:

Nr. 1101-1200.

Schreiben Sie schlecht,

dann verbess. Sie doch

ihre Handschrift

durch den bekannten

Spezialisten F. Beck,

Karlsruhe, Lessing-

str. 78. (Honorar 35 M.)

Tages- u. Abendkurse

Deutsch, Latein, Rund-

schrift. - (Auswärts

beliebig.)

Wegen Mängelung

auf Euren Grandchäuf-

lungen, Grabsteine und

Gedenkplatten weit unter

Preis zu verkaufen.

Näheres Nächtchen, Ger-

straße 6, 2. Stock, rechts.

Bilder

mit Rahmen, große Aus-

wahl, billig. 2188

Schäfers Kunsthandlg.,

Kaiserstraße 88.

Zu verkaufen:

Schuhmacher-

maschine

flachte

Nähmaschine

3005

Strickmaschine

auszuweisen bei

Wernecke

Zulsenstraße 29, Hof.

Bibliothek, Klavier

zu verkaufen, Näheres im

Sollisenstraße 25.

Chateaufurques

neue, von 250 Mk. an, 2007

H. Köhler, Schützenstr. 25.

Kauf u. verkaufe

fortwährend getra-

gene Herren- und

Damen-Bekleidungsstücke, Uniformen,

Wäsche, Schuhe, Uhren, Kellzeug, Fern-

gläser, Musikinstrumente, Gold, Silber,

Prillanten, Möbel aller Art, Nähmaschi-

nen, Kinderwagen usw. usw.

Gef. Angebote

Wendtraub's An- und Ver-

erbittet Einkaufsgeschäft

Kronenstrasse 32 - Telefon Nr. 3747.

Offenburger Anzeigen.

Lebensmittelverteilung

In der Stadt, Verkaufsstelle

Kondensierte geräucherter Vollmilch: Dose 8.- M.

Gegen Abtupelung der Hausabfuhr-

markte Nr. 1 der Ausweisarte erhält jede

Familie 3 Dosen.

Cornedbeef: Pfund 9.- M. in Anschnitt.

Nichtschwulz: Pfund 14.- M.

Polster: Pfund 3.50 M.

In den Kolonialwarengeschäften:

Dörrsch: marktrett, Pfund 3.50 M.

Säfersteden: Kopsmenge 100 Gramm 72

gegen die Lebensmittelmarkte 18.

26 Mittwoch: 575

Butter: Kopsmenge 50 Gramm 1.80 M. gegen

die Buttermarkte, nur für die Kunden der

Lebensmittelmarkte: Dreinberg, Nachl.,

Grise, Faber, Föhler und Hünger Nachl.

Baden-Baden.

Sonderbewilligung von Lebens-

mitteln für Erntommunikanten,

Konfirmanten usw. betr.

Wie in den Vorjahren so sollen auch dieses

Jahr wiederum die Erntommunikanten, Kon-

firmanten usw. mit einer

Sonderausgabe von Lebensmitteln

bedacht werden.

Um eine ein heitliche Verteilung durchzuführen

an Frauen, werden die Mannräumer und Best-

andgemeinschafter ersucht, noch im Laufe dieser

Woche eine namentliche Liste der Bezugsberech-

tigten unter Angabe von Name, Stand und

Wohnung der Eltern an Zimmer 7 einzurichten.

Lebensmittellamt.

Kartoffel-Abgabe.

Mittwoch, den 9. März, in der Zeit von 8-12 Uhr

und von 2-5 Uhr.

Donnerstag, den 10. März, in der Zeit von 8-12 Uhr

und von 2-5 Uhr.

Abgabe erfolgt in der Gehler'schen Halle

(Eichelgärtchenstraße 4). Preis per Pfund 48 Hgn.

der Zentner 48.-

Lebensmittellamt.

Pfannkuch & Co

Freisch

eingetroffen!

Süb-

büchlinge

1/2 Pf. 2.25

1/2 Pf. 2.25